

Platz abbeck

Nr. 6/7, Juli 2003

Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Köln
V.i.S.d.P. PDS Ratsgruppe, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Telefon: 221-27840 Fax: 221-27841, e-mail: pds-gruppe@stadt-koeln.de

Gewerbsteuer

Die PDS Offene Liste hat jetzt einen Antrag in den Rat der Stadt Köln eingebracht, der eine monatliche Erhöhung der Gewerbesteuer von 150 Euro für jeden Betrieb, der jetzt schon Gewerbesteuer zahlt, vorsieht. Wir meinen, das ist sehr moderat und damit können die Kölner Unternehmen einen Beitrag leisten, dass die „weichen Standortfaktoren“ in Köln gestärkt werden.

Real heißt das, der Hebesatz wird auf 470 v.H. festgelegt. Mit insgesamt 20 Millionen Euro könnten viele soziale Einrichtungen erhalten werden. (Antrag siehe Rückseite)

Seit 1988 hat die Stadt Köln die Gewerbesteuer nicht erhöht. Köln ist die einzige kreisfreie Stadt über 500 000 Einwohner, die in diesem langen Zeitraum die Gewerbesteuer nicht erhöht hat, und Köln ist neben Burscheid die einzige Gemeinde im Regierungsbezirk Köln, die die Steuer nicht angerührt hat.

1988 war Köln noch Vorreiter in der Höhe der Hebesätze bei der Gewerbesteuer. Inzwischen liegt Köln bei den kreisfreien Städten in NRW ganz hinten. Dabei ist Köln eine der wenigen Städte in NRW, die einen Bevölkerungszuwachs verzeichnen und wirtschaftlich nicht so stagnieren wie das Ruhrgebiet.

Auf den Einwand, da sieht man mal wieder, die Sozialisten wollen ja nur den Mittelstand schröpfen, möchten wir Folgendes einwenden: Die Belastungen für die Kölner Wirtschaft sind minimal. Wenn ein mittelständisches Unternehmen mit 20 Beschäftigten ca. 10 000 Euro im Jahr an Gewerbesteuer zahlt, muss das Unternehmen im Jahr 444 Euro mehr zahlen. Darüber hinaus kann der Betrag, wie wir in unserem Antrag auch schreiben, der Körperschaftsteuer angerechnet werden.

Vielleicht noch ein Hinweis: Mit der Liste erhaltenswerter sozialer Maßnahmen und Einrichtungen liegt die PDS Offene Liste bei weitem nicht bei 20 Millionen Euro. Wir unterstützen das Anliegen vieler Menschen in Köln, die sich für einen Bürgerhaushalt einsetzen!

Jörg Detjen

Der Giftliste wurde nur die Spitze genommen

Haushaltsrede durch MdR Sengül Senol

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, die finanzielle Situation der Kommunen in der Bundesrepublik ist katastrophal. Seit Jahrzehnten werden die Kommunen ausgeblutet. Aufgrund der Steuergesetzgebung ist es den Großkonzernen möglich, Gewinne und Verluste so zu verschieben, dass keine Gewerbesteuer an die Städte abgegeben werden muss.

Die Zuweisungen des Landes an die Kommunen sind in den letzten Jahren dramatisch zurückgegangen. Auch NRW nimmt weniger Steuern ein. Deshalb fordert die PDS-Offene Liste die Wiedereinführung der Vermögenssteuer.

Der dramatische Einbruch der Gewerbesteuer führt zu grausamen Einschnitten bei kommunalen Aufgaben.

Dabei ist es interessant, dass die Erwerbsquote in Köln nicht gesunken ist. Dagegen ist die Arbeitslosigkeit seit vielen Jahren erstmals im 1. Quartal 2003 auf 60500 Personen gestiegen.

Beunruhigend ist insbesondere der Anstieg der Arbeitslosigkeit bei jungen Menschen unter 25 Jahren und dies vor allem in jenen Stadtteilen, die soziale Brennpunkte haben.

Das ist eine Herausforderung, die sozialpolitisch kluges und solidarisches Handeln erfordert!

Dagegen hat die Verwaltung eine Giftliste vorgelegt, die die soziale Infrastruktur verwüsten wollte. Dieser Giftliste wurde durch einen Änderungsantrag von Schwarz-Grün die Spitze genommen. Es bleibt trotzdem bei unverantwortlichen Einschnitten in der praktizierten sozialen und kulturellen Politik in unserer Stadt.

Die Einsparungen in der Sozialhilfe sind nicht hinnehmbar.

Menschen, die knapp über dem Sozialhilfesatz liegen, wird künftig der Zuschuss für einmalige Anschaffungen wie Waschmaschine oder Kühlschrank gestrichen. Dies wird insbesondere ältere Frauen mit kleinen Renten treffen. ❖❖❖



Unter dem Motto „Nein zum sozialen Kahlschlag“ protestierten über 1500 Menschen mit einer Kundgebung am Alter Markt und einem Demonstrationzug durch die Innenstadt. Sie wendeten sich gegen die Pläne der schwarz-grünen Ratsmehrheit, in den Bereichen Soziales, Kultur und Bildung zu kürzen.

www.pds-koeln.de

Durch mehr Repression sollen bei laufenden Fällen der Sozialhilfe Millionen Gelder gekürzt werden. Das lehnen wir entschieden ab!

Schwarz-Grün behauptet, den Familienpass und das Besuchsprogramm für Zwangsarbeiter gerettet zu haben. Fakt ist: beide laufen 2004 aus!

Die schwarz-grüne Koalition will den Eindruck erwecken, dass die Kürzungen im Kinder- und Jugendhilfebereich vollständig zurückgenommen werden. Das stimmt nicht!

Die städtischen Erziehungsberatungsstellen in Rodenkirchen, Mülheim und Chorweiler werden geschlossen.

Die Bezirksjugendämter werden von neun auf fünf reduziert, dies bedeutet, dass auf ein Bezirksjugendamt 200.000 Einwohner kommen.

Auch die Stellen für Bezirksjugendpfleger sollen um fast die Hälfte gestrichen werden. Hier wird präventive Jugendarbeit zerschlagen. Das wird für unsere Stadt künftig sehr teuer werden!

CDU und Grüne halten daran fest, den Bürgerzentren die Zuschüsse zu beschneiden. Damit rütteln Sie an den Grundfesten dieser wichtigen sozialen Zentren in den Stadtvierteln. Ihr Erhalt ist nicht mehr gesichert. Auch die Nebenstellen der Volkshochschulen werden geschlossen. Die Hortplätze entfallen bald. Wir werden in der Jugend- und Bildungsarbeit niederschmetternde Ergebnisse verzeichnen müssen.

Das Projekt Offene Ganztagschule lehnen wir wegen der geplanten Beseitigung der Hortplätze entschieden ab.

Noch schlimmer sieht es mit der Integration und Qualifikation junger Migrantinnen und Migranten in Chorweiler, Bocklemünd und Buchforst aus.

PISA lässt grüßen. Wir dürfen nicht vergessen: Im Jahr 2015 wird jeder vierte Einwohner in Köln einen Migrationshintergrund haben.

Soziale Ausgrenzung und Repression sind teuer, eine Politik der Integration ist sozial und zugleich kostengünstiger. Deshalb benötigen wir auch eine dezentrale Flüchtlingspolitik.

Die zentralisierte Unterbringung in Heimen und die Ansammlung in wenigen Stadtbezirken verstärkt rassistisches Denken. In Köln darf es keine Demonstrationen gegen Flüchtlinge geben. Deshalb muss der Ratsbeschluss zur Flüchtlingspolitik schnell umgesetzt werden. Das Flüchtlingsschiff muss geschlossen werden. Flüchtlinge müssen in Köln menschenwürdig untergebracht werden!

Meine Damen und Herren,

Köln braucht einen kommunalen Wohnungsbestand, um soziale Wohnungspolitik zu entwickeln und die Mieten niedrig zu halten.

Köln braucht bis 2010 noch 27 000 neue Wohnungen. Sozialer Wohnungsbau muss jetzt wieder intensiviert werden. Bis zum Jahr 2030 fallen allein 64 000 Wohnungen aus der Sozialbindung heraus.

Köln ist die einzige Großstadt in NRW, die in den nächsten Jahrzehnten einen Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen hat.

Und schließlich: Wir sagen ein entschiedenes „Ohne uns“ bei der Vermarktung Kölns als Kulturhauptstadt Europas. Die künstlerische Kreativität bleibt dabei auf der Strecke. Die systematische Austrocknung und Zerstörung von kultureller Vielfalt durch eine abgedroschene Kulturpolitik von oben tragen wir nicht mit.

Der Privatisierungskurs des neoliberalen Lagers im Kölner Rat formiert sich neu. Ein zentraler Vorstoß mit dem Verkauf der GAG / Grubo scheint vorerst gescheitert. Ein breites Bündnis der Vernunft hatte sich gebildet und den Verkauf der GAG/Grubo verhindert. Hierzu hat die PDS Offene Liste einen wichtigen Beitrag geleistet.

Eine über 100 Jahre entwickelte Wohnungspolitik kann nicht mit einem Federstrich zerstört werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU,

ohne unsere zwei Stimmen gegen den Verkauf wäre die Abstimmung sicher anders verlaufen.

Eine über 100 Jahre entwickelte Wohnungspolitik kann nicht mit einem Federstrich zerstört werden. Deshalb ist eine andere Mehrheit im Rat entstanden: ein schwarz-grünes, wertkonservatives Bündnis, das vor Privatisierungen auch nicht halt macht. „Softi-Privatisierer“ werden sie von uns genannt, weil sie die GAG/Grubo portioniert verkaufen wollen. 184 Millionen Euro will Schwarz-Grün dem Unternehmen entziehen und dafür Stück um Stück verkaufen.

Wir werden auch in den nächsten Jahren die Privatisierung von Betrieben der öffentlichen Daseinsvorsorge bekämpfen. Wir teilen die Kritik des Rechnungsprüfungsamtes. Auch wir warnen vor einem Wechsel der Betriebsformen.

Die PDS/Offene Liste wird sich auch für den Erhalt von städtischem Besitz und Eigenbeteiligung einsetzen, die nicht unbedingt zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehören. Die Kölner Außenwerbung, Radio Köln und Netcologne sind wichtige, lukrative Betriebe, die nicht verkauft werden sollten. Diese Betriebe wurden mit Geldern der Kölnerinnen und Kölner aufgebaut. Sie jetzt zu verkaufen, wo sie Gewinn machen, wäre auch ein Betrug an zukünftigen Generationen.



■ Nippes

Rennbahn: Stadt verfolgt Salamtaktik

Über den Widerstand gegen die Rennbahnbebauung wurde in dieser Zeitung mehrmals berichtet. Deshalb sei nun nur noch einmal kurz daran erinnert, dass der Rennbahnverein, welchem schlechtes Finanzmanagement nachgesagt wird, probiert seine maroden Finanzen mit der Bebauung der Rennbahn zu sanieren. Die Rennbahn gilt als grüne Lunge des Kölner Nordens, sie steht unter Denkmal- und Naturschutz. Zunächst wollte der Rennbahnverein über 200 Eigentumswohnungen auf dem Gelände bauen. Dies lehnte die Stadt ab. Nun möchte die schwarz-grüne Koalition einer Bebauung mit 144 Wohnungen zustimmen. Das darf verwundern, denn die Grünen waren vor dem Eintritt in die Koalition mit der CDU unterschiedene Gegner der Bebauung. Ist erst einmal der Anfang mit der Bebauung ge-

macht, wird es kein Halt mehr geben. Das Gesamterscheinungsbild der Rennbahn ist dann dahin. Die Bebauung wird weitergeführt. Es gilt zu befürchten, dass dann das ganze Gelände bebaut wird. Aus gut unterrichteten Kreisen ist zu hören, dass der Rennbahnverein eine neue Bahn außerhalb der Stadt bauen möchte. Es passt zur Stadt Köln und deren gezielter Desinformationspolitik, dass eine Inforeveranstaltung zum Thema kurzfristig zu Ferienbeginn anberaumt worden ist. Die Veranstaltung findet am 30.7.03 um 18.00 Uhr in der Edith Stein Schule (Aula) Niehler Kirchweg statt. MW

■ Nippes

Nahverkehrskonzept bringt nur Nachteile für den Stadtteil

Bemerkenswerte Einigkeit herrschte in der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Nippes, als KVB und Verwaltung die Fort-

schreibung des Nahverkehrskonzeptes vorstellte:

Alle in der BV vertretenen Parteien lehnten die Verschlechterungen des Nahverkehrs im Kölner Norden ab. Die Vorlage sieht im Einzelnen vor: Die Taktzeit der Buslinien 134 und 148 sollen weiter ausgedünnt werden. Diese Verschlechterung wird in erster Linie die Senioren treffen, die in den Riehler Heimstätten leben. Von dort aus fährt der 134er zur Flora. Die älteren Mitbürger nutzen diesen Bus zu Ausflügen in die Parkanlage. Auf großen Widerstand stößt ebenfalls die weitere Ausdünnung der Linie 6. Schon seit mehreren Jahren verkehrt die Linie 6 nicht mehr am Wochenende und auch nicht am Abend. Ein Grund zum Ärger insbesondere für Menschen, die direkt mit der Linie 6 zum Ring wollen, um beispielsweise ein Kino zu besuchen. Ein Umstieg am Ebertplatz, der insbesondere für Frauen am Abend unangenehm ist und gefährlich werden kann. Ein Bahnsteigwechsel durch dunkle Ecken ist notwendig. Das Nahverkehrskonzept sieht vor, nun die Linie 6 nur noch in Stoßzeiten fahren zu lassen. Ein kundenfeindliches Vorhaben, welches noch mehr Menschen dazu bewegen wird, mit dem Auto in die Stadt zu fahren und die Umwelt zu belasten.

Michael Weisenstein

Neubau des Völkerkundemuseums geht voran

Die Verwaltung hat jetzt für die Sitzungen des Kulturausschusses und Rates am kommenden Dienstag einen optimal gestalteten Entwurfsplan für das Kulturzentrum am Neumarkt vorgelegt.

Wenn auch durch ein Fristversäumnis der Neubau erst 2008 eröffnet werden kann, so ist die PDS-Ratsgruppe doch rundum zufrieden. Durch die Umplanung hat das Rautenstrauch-Joest-Museum sogar mehr Raum für Wechselausstellungen, den das benachbarte Museum Schnütgen mit nutzen kann.

Wenn am 29. September in Düsseldorf die Landeszuschüsse in den Haushalt eingestellt werden, sollte sich spätestens am nächsten Tag ein Sonderausschuss „Kulturzentrum Neumarkt“ konstituieren.“

Wolfgang Breuer, Kulturpolitischer Sprecher der PDS Offenen Liste

Aufsichtsräte ...

Das wdr Fernsehen zeigte am 7. Juli 2003 einen Film mit dem Titel „Die sauberen Geschäfte des Abgeordneten Bietmann, Köln“. In dem Film erklärt Prof. Bietmann:

„Ich war für die Firma Scholz & Keune als Berater tätig, als anwaltlicher Berater, und hab' diese Aufgabe - glaube ich - auch

bis vor drei Jahren vernünftig erfüllt.“

Die PDS Ratsgruppe stellte eine Anfrage in der es u.a. heißt:

„Ist es rechtmäßig, dass der Aufsichtsratsvorsitzende eines städtischen Unternehmens (hier GEW), Berater eines Unternehmens ist (hier Scholz & Keune), das ein Tochterunternehmen (hier BELKAW) in großem Umfang mit Arbeiten beauftragt? Hat Prof. Dr. Bietmann dies dem Oberbürgermeister mitgeteilt?“

Neonazis in Köln-Poll

Flüchtlingslager in der Salmstraße. Im Vorfeld der Kundgebung und Demonstration hatten die Veranstalter mit einem üblen, ausländerfeindlichen Flugblatt auf sich aufmerksam gemacht. Deshalb tummelten sich auch die Neonazis von der „Bürgerbewegung Pro Köln“ auf der Demonstration. Ratsmitglied Jörg Detjen kritisierte die Veranstalter und die Kölner Polizei:

„Mit eigenen Augen konnte ich sehen, wie sich zahlreiche Neonazis auf der Kundgebung und auf der Demonstration ungestört bewegen konnten und den Rassismus anheizten. Weder der Veranstalter noch die Polizei drängten diese Leute ab. Ich fand es schauerlich, dass die Demonstration durch die Salmstraße direkt am Flüchtlingsheim vorbeizog. Die Situation erinnert mich sehr stark an 1989, als Neonazis die Stimmen von konservativen, frustrierten Bürgern einsammelten und

mit über 7% in den Rat der Stadt Köln einzogen.“ Der Ratsbeschluss zur Unterbringung der Flüchtlinge muss jetzt rasch umgesetzt werden.

pro Köln und Heydrich von der REP gemeinsam zur Kommunalwahl 2004?

Das kann ja heiter werden: Die Kölner Rechtsextremen formieren sich. Das geht aus einer Zeitungsmeldung hervor. Wer's nicht glaubt: Hier der Ausschnitt:



Aber auch im REP-Landesverband Nordrhein-Westfalen, bislang ein Hort der „Abgrenzung“, wachsen die Einigungsströmungen. In Köln fand kürzlich ein Kooperationsgespräch zwischen hochrangigen REP-Funktionären und dem Vorstand der „Bürgerbewegung pro Köln“ statt. Dabei ging es um das Ziel, zur bevorstehenden Kommunalwahl eine gemeinsame Liste aufzustellen. Auf REP-Seite nahmen die Bundesvorständler Baitz, Görtz, Dr. Heydrich und Schöppe sowie der Kreisvorsitzende Breninek an dem Treffen teil. Die „Pro-Köln“-Delegation bestand aus RA Markus Beisicht, Verleger Manfred Rouhs und Judith Wolter, die an der Spitze der Bürgerbewegung steht. Angesichts des desolaten Zustandes des REP-Bundesverbandes soll von Köln, wie es in dem Gespräch hieß, ein „Kurswechsel“ ausgehen.

Kritik an Cross Border Leasing wächst



1968 eröffnete der damalige Bundesverkehrsminister Leber die Kölner U-Bahn.

Der Geheimplan des Stadtkämmerers Soénus und des CDU-Chef Bietmann sahen ein Cross-Border-Leasing-Geschäft noch vor der Sommerpause vor. Fristgerecht verschickte die Verwaltung die Beschlussvorlage am 3. Juli an die entsprechenden Ausschüsse. Das gesamte U-Bahnnetz, die Tunnel und die gesamten technischen Einrichtungen der KVB soll verleast werden.

Die PDS Offene Liste machte dies auf der Sitzung des Finanzausschusses publik. Das sei die Haushaltsdeckung. Großspurig bestätigte Bietmann diese These auf der Sitzung.

Aber so einfach wird das nicht werden, weil sich die öffentliche Meinung dreht. Inzwischen gibt es sehr viel Skepsis gegen solche Geschäfte. Ob Bündnis 90/Die Grünen die Bedenken vom Tisch fegen oder ihre Linie „von Fall zu Fall prüfen“ sich durchsetzt, mit der Maßgabe Trinkwasser-Leasing bringt nur 20 Mio. Euro, das U-Bahn-Geschäft aber 100 Mio. Euro? Man wird sehen. Hier einige aktuelle Aussagen, die für die öffentliche Debatte interessant sind und nicht unter dem Verdacht stehen, Mitglied der PDS zu sein.

Jörg Detjen

IHK Köln

„Angesichts der rechtlichen und finanzwirtschaftlichen Risiken auf amerikanischer Seite (Anerkennung/Konzeptionsrisiko, US-Steuerrechtsänderungen, Quellensteuer, Insolvenz der Vertragspartner und kalkulatorische Richtigkeit) und auf deutscher Seite (allgemeine Betriebsrisiken, dauerhafter Nutzungsausfall, notwendige Strukturänderungen oder sonstiger Vertragsbruch) sollten Entscheidungen mit dieser Tragweite einer besonderen Prüfung unterzogen werden.“ (Brief an die Ratsmitglieder, 22.7.03)

IHK Präsident Wolf Klinz, Frankfurt

„Sollte es wegen des Vertrages zu einem Prozess kommen, hätte die Stadt Frankfurt Klinz zufolge die schlechteren Karten: ‚Führen Sie mal einen Prozeß vor US-Gerichten gegen amerikanische Vertragspartner.‘ Und das noch unter der Maßgabe, dass in einem solchen Fall eine deutsche Stadtverwaltung vor dem amerikanischen Gericht die Einhaltung eines Vertrages durchsetzen müsste, mit dem der amerikanische Steuerzahler geschädigt würde. Die Gerichte der Vereinigten Staaten seien generell schwer berechenbar, sagt Klinz, in diesem Fall allerdings sei der Erfolg gewiß noch schwerer zu erzielen als sonst.“ (FAZ, 17.7.03)

DGB Köln. Entwurf von Leitsätzen für die Kommunalpolitik

„Auch Cross Border Leasing Geschäfte bergen für die öffentliche Daseinsvorsorge erhebliche Risiken. Die Gefahr einer nachträglichen Haftung für Schäden an den verleasteten Gütern, die Undurchschaubarkeit der Verträge, die Unwägbarkeiten des US amerikanischen Steuerrechts verlangen in jedem Fall eine sorgfältige Prüfung durch die Unternehmensorgane, eine breite öffentliche Debatte, eine umfassende Information des Rates wie aller Bürger

rinnen und Bürger und eine klare Entscheidung der Politik.“

In jedem Fall muss die politische Verantwortung für die öffentliche Daseinsvorsorge und die Entwicklung der Stadt weiterhin vom Rat wahrgenommen werden. Es widerspricht der Demokratie, wenn wesentliche Entscheidungen über die öffentliche Daseinsvorsorge in der Grauzone zwischen Politik und Unternehmen verschoben werden. Auch muss der Rat immer wieder prüfen, ob nicht durch eine Verlagerung öffentlicher Aufgaben in privatrechtliche Unternehmen seine Kontroll- und Haushaltsrechte sowie Vorschriften der Vergabeordnung und der Tariftreue wirkungslos werden.“

Bonner Stadtwerke fahnden nach 1,3 Mio Euro

„Einem städtischen Revisionsbericht zufolge fehlen Buchungsbelege über diese Summe, die aus einem US-Leasinggeschäft im Jahre 1996 stammt. Bei den Stadtwerken weiß angeblich niemand, ob mit dem Geld Provisionen gezahlt, Anwaltsrechnungen oder Bankgebühren beglichen wurden, zitiert ein Bonner SPD-Politiker aus dem Bericht. Es sei nicht auszuschließen, dass Mitarbeiter zumindest einen Teil der Summe abgezweigt hätten, so der Sozialdemokrat.“

wdr, Nachrichten aus dem Rheinland, 21.7.03

Rechtsanwalt Christian Möller

So wurden im Rahmen der Jahrhundertflut zwei Kläranlagen in Sachsen vollständig zerstört. Das Vertragswerk beinhaltet daher entweder die Verpflichtung der Kommunen, das Objekt in gleichwertiger Art und Weise erneut aufzubauen oder aber Schadensersatz in erheblicher Höhe leisten zu müssen. Der Schadensersatz des Investors übersteigt den Barwertvorteil hierbei bei weitem.

(CBL-Seminar des BEW, 15.7.03)

Bitte kostenlos schicken



Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Köln
V.i.S.d.P. PDS Ratsgruppe, Haus Neuenburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Telefon: 221-27840 Fax: 221-27841, e-mail: pds-gruppe@stadt-koeln.de

- Ich möchte den Platzjabeck zugeschiedt bekommen
 Mehr Informationsmaterial zum Thema:

- Ich möchte in den nächsten Monaten an den Aktivitäten der PDS Offene Liste teilnehmen

Absender/in:

Name: _____

Vorname: _____

Straße: _____

PLZ _____

Ort _____

An die PDS-Offene Liste
im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3
Postfach 103 564
50475 Köln